

## Weitere Hinweise zur Reaktion der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD

Am 7. September 1987, startete SED-Generalsekretär Erich Honecker seinen Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland. Es war der erste Besuch eines DDR-Staatsoberhauptes im anderen Teil Deutschlands. Die Staatssicherheit dokumentierte die Stimmung in der DDR-Bevölkerung hinsichtlich des Honecker-Besuchs in der BRD.

Im Jahr 1987 besuchte erstmals in der Geschichte beider deutscher Staaten ein Staatsoberhaupt der DDR die Bundesrepublik. Am 15. Juli 1987 wurde gleichzeitig in den west- und ostdeutschen Medien der Besuch Erich Honeckers vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik angekündigt. Lange Zeit konnte sich die SED-Führung nicht sicher sein, ob der Besuch überhaupt stattfinden würde. Schließlich hatte er zuvor bereits dreimal abgesagt werden müssen, zuletzt auf sowjetischen Druck im Jahr 1984. Dieses Mal gab es Befürchtungen nicht nur hinsichtlich eines erneuten Einspruchs der Sowjetunion, sondern auch wegen einer kritischen, emotional aufgeladenen westdeutschen Öffentlichkeit.

Doch der wiederbelebte Abrüstungsdialog der Großmächte und der Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Sowjetunion im Sommer 1987 hatten die Atmosphäre entspannt. Das sprach gegen ein sowjetisches Veto. Auch auf westdeutscher Seite sah man den Zeitpunkt als günstig an, stellte man doch seit zwei Jahren Besserungen im deutsch-deutschen Verhältnis fest, beispielsweise im Reiseverkehr, bei den Städtepartnerschaften und durch die Abschaffung der Todesstrafe in der DDR.

Die Stasi-Führung befürchtete, dass "der Gegner" den Besuch für seine "antizonalistische Zielstellung" missbrauchen, dass "antizonalistische Kräfte" gegen Honecker persönlich gerichtete Aktionen inszenieren und oppositionelle Kräfte in der DDR "feindlich-negativ wirksam" werden könnten. Deshalb ordnete Stasi-Chef Erich Mielke im Rahmen der Aktion "Dialog 87" umfangreiche Sicherungsmaßnahmen an.

Honeckers Besuch war auf Wunsch der Bundesregierung protokollarisch unterhalb der Ebene eines offiziellen Staatsbesuchs angesiedelt und galt formal nur als "Arbeitsbesuch", jedoch begleitet von militärischen Ehren und dem Abspielen der Hymnen beider Staaten vor dem Bonner Bundeskanzleramt. Die annähernde protokollarische Gleichstellung Honeckers mit anderen ausländischen Staatsgästen interpretierte die DDR-Führung dahingehend, dass die DDR von der BRD als gleichberechtigter deutscher Staat anerkannt worden sei. Dieser außenpolitische Erfolg festigte in ihren Augen auf Dauer die deutsche Zweistaatlichkeit und somit den Bestand der DDR, und zugleich öffnete der Bonn-Besuch Honecker die Türen für Staatsbesuche in Paris, London und Washington.

Vor, während und nach dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik verfasste die Staatssicherheit Berichte über die Stimmung in der DDR-Bevölkerung. Bemerkenswert waren dabei vor allem Erkenntnisse über die Stimmung in der Partei und im MfS selbst. Bei Bekanntwerden der Reise im Juli 1987 registrierte die Stasi überwiegend positive Reaktionen in der Bevölkerung. Die Menschen erhofften sich vor allem eine verbesserte Konsumgüterversorgung, eine schnellere Bearbeitung von Übersiedlungsersuchen sowie generell verbesserte Reisemöglichkeiten. Vereinzelte Kritik kam von SED-Mitgliedern, darunter auch von Stasi-Angehörigen. Stärker als in dem Bericht vom 30. Juli werden in dem vorliegenden Bericht von der Staatssicherheit nun die Befürchtungen betont, die "progressive Bürger" haben würden. Sie befürchteten, die DDR-Führung könnte zu weitgehende politische Zugeständnisse machen.

---

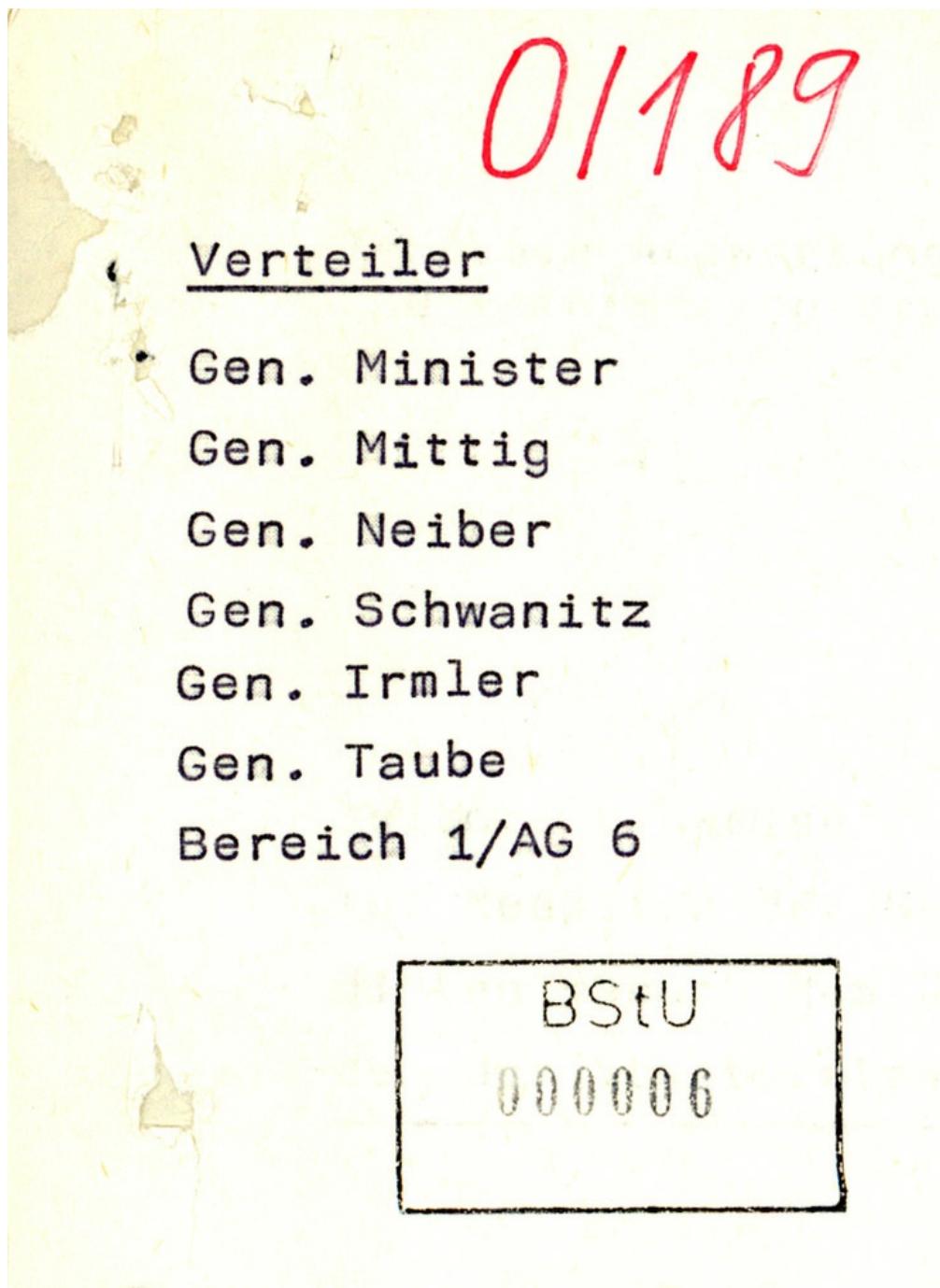
**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 6-13

---

### Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Urheber: MfS  
und Informationsgruppe Datum: 5.9.1987  
Rechte: BStU

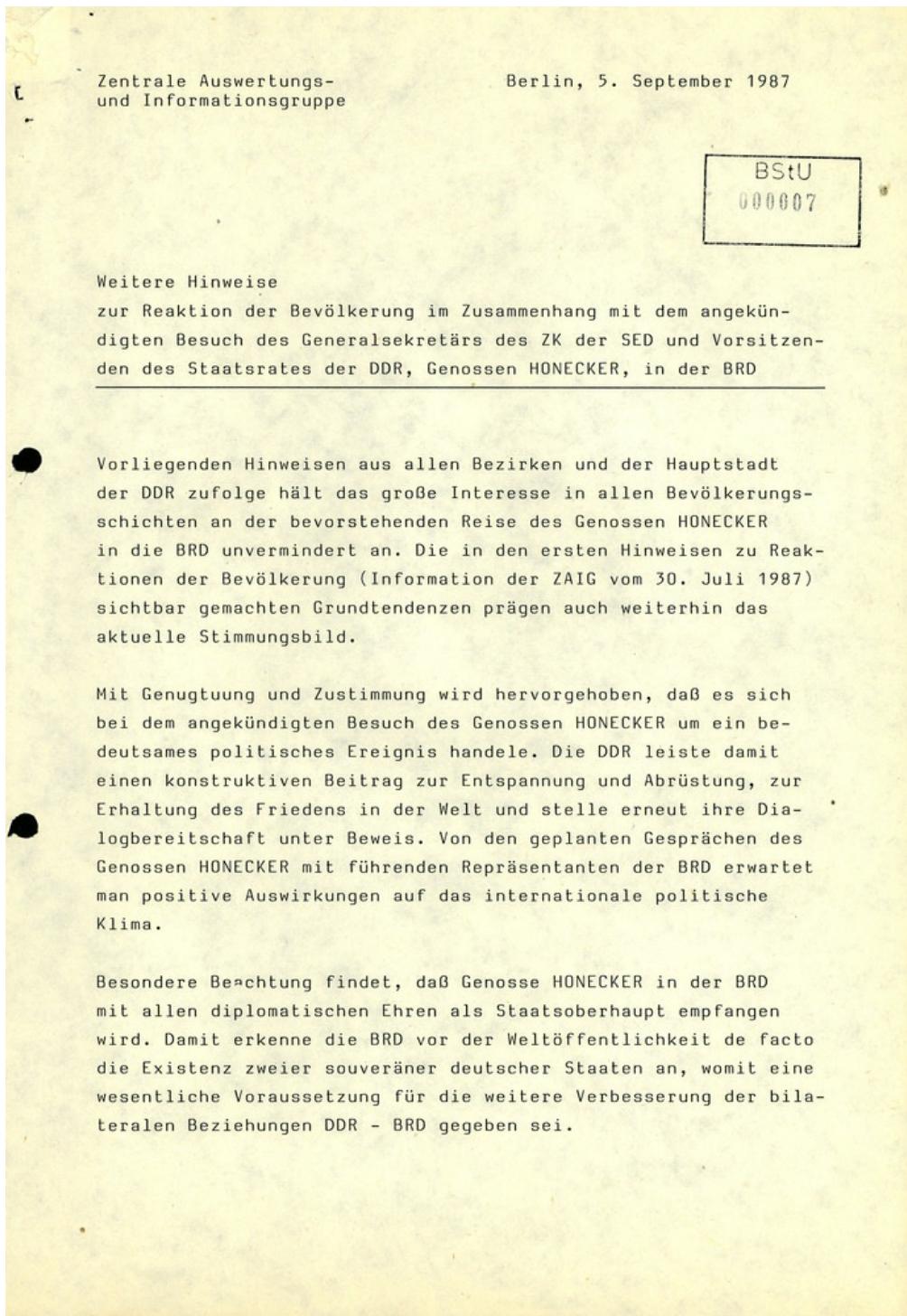
Weitere Hinweise zur Reaktion der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4229, BL 6-13

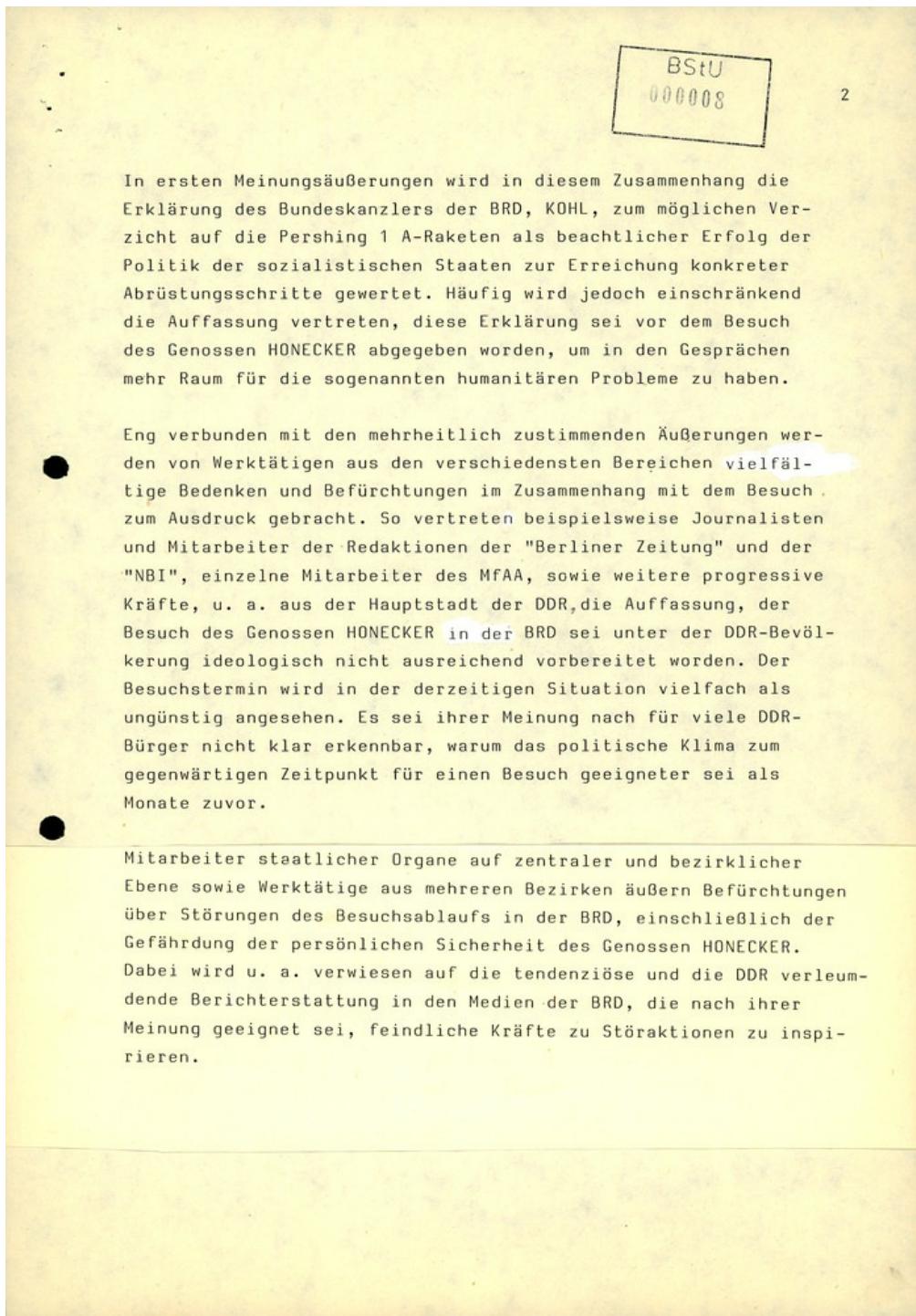
Blatt 6

## Weitere Hinweise zur Reaktion der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4229, BL 6-13

Blatt 7

**Weitere Hinweise zur Reaktion der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD**

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4229, BL 6-13

Blatt 8

**Weitere Hinweise zur Reaktion der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD**

BStU  
000009

3

Journalisten und Mitarbeiter des Staatlichen Komitees für Rundfunk der DDR äußerten sich kritisch über die seitens der Leitung gegebene Orientierung, im Vorfeld des Besuches in den Sendebeiträgen jedweden Anschein von Konfrontation mit der BRD zu vermeiden. Mit großem Arbeitsaufwand würden bereits feststehende Programme inhaltlich neu gestaltet. In Diskussionen wird die Frage aufgeworfen, warum sich unsere Medien nicht gerade jetzt offensiv mit der BRD und ihrer Politik auseinandersetzen, zumal, so wird argumentiert, die BRD ihre konfrontative Medienpolitik nicht ändere.

Bei journalistisch tätigen Personen stößt auf Unverständnis, daß der Aufenthalt des Genossen HONECKER im Saarland in der Berichterstattung angeblich besonders hervorgehoben werden soll. Das sei, so äußern sich beispielsweise Journalisten der Redaktion der "Berliner Zeitung" intern, für viele DDR-Bürger verwirrend und könne vom Gegner für propagandistische Zwecke ausgenutzt werden.

Angehörige der Deutschen Volkspolizei im Bezirk Erfurt, mittlere leitende Kader des VEB Gießerei und Maschinenbau Berlin, sowie Angehörige der technischen Intelligenz der VEB Synthesewerk Schwarzheide und Chemiefaserwerk Guben/Cottbus äußern Bedenken, daß die DDR im Zusammenhang mit dem Besuch möglicherweise von den Geraer Forderungen abgehen könnte und damit unvertretbar große politische Kompromisse eingehe.

Unter Bezugnahme auf die Ausfälle führender Politiker der BRD und Westberlins während des Aufenthaltes von USA-Präsident REAGAN in Westberlin vertritt vorgenannter Personenkreis die Auffassung, die Toleranz der DDR gehe zu weit und könnte von westlicher Seite als Zeichen politischer und ökonomischer Schwäche ausgelegt werden.

**Weitere Hinweise zur Reaktion der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD**

BStU  
000010

4

Streng internen Hinweisen zufolge äußerten Wissenschaftler und weitere Angehörige des Lehrkörpers der Hochschule für Ökonomie, Berlin, im engsten Kreis die Auffassung, daß diese Reise wenig Sinn habe. Man glaube nicht, daß sie dazu beitrage, die Einstellung der politischen Führungsspitze der BRD zur DDR zu ändern, die Raketen in der BRD abzurüsten bzw. die Realisierung des SDI-Programms aufzuhalten. Abkommen über Umweltschutz- und andere Probleme, so wird in diesem Personenkreis argumentiert, könnten auch die zuständigen Minister abschließen. Darüber hinaus werden Befürchtungen geäußert, daß die DDR in den Gesprächen mit Problemen konfrontiert werden könnte, die gegenwärtig noch nicht lösbar wären.

Auch zahlreiche Jugendliche und Jungerwachsene stellten wiederholt in Diskussionen die Frage nach dem Nutzeffekt des Besuches. Einzelne Mitarbeiter des MfAA bringen ihre Befürchtung zum Ausdruck, daß die DDR im Ergebnis dieser Besuchsreise in eine politische Entwicklungsrichtung gerate, die sie von der sozialistischen Staatengemeinschaft zu weit entfernen könne.

Nach vorliegenden Informationen verfolgt ein großer Teil der Bevölkerung der DDR intensiv die im Zusammenhang mit dem Besuch des Genossen HONECKER in der BRD verbreiteten Sendungen westlicher Medien. "Argumentationen" in diesen Sendebeiträgen haben z. T. wesentlichen Einfluß auf die Meinungsbildung, werden vielfach unkritisch übernommen und weiterverbreitet.

Erkenntbar ist dieser Einfluß vor allem in dem breit gefächerten Spektrum von Spekulationen/Erwartungshaltungen hinsichtlich der Ergebnisse des Besuches. Eine weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten wird vordergründig in "Erleichterungen" und Erweiterungen des Reiseverkehrs in die BRD und andere kapitalistische Staaten gesehen.

## Weitere Hinweise zur Reaktion der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD

BStU  
000011

5

Zunehmend werden Erwartungen geäußert, künftig auch Reisen durchführen zu können

aus touristischen Gründen,  
mit allen Familienangehörigen,  
zu Bürgern der BRD ohne Verwandtschaftsverhältnis.

Wissenschaftler des Instituts für Meereskunde Warnemünde/Rostock spekulieren mit einer Vereinfachung des Antrags- und Genehmigungsverfahrens für Dienstreisen in das nichtsozialistische Ausland. Sie vertreten die Auffassung, daß die Verfahrensweise der Praxis bei privaten Ausreisen angeglichen werden sollte. Unter Angehörigen der Handelsflotte nehmen im Vorfeld des Besuches Diskussionen zu, in denen sie Unverständnis äußern über für sie geltende Verbote für private Reisen in das nichtsozialistische Ausland und der Untersagung von Kontakten. Es bestehe die Gefahr, daß es bei Beibehaltung dieser Verbote zu weiteren Kündigungen von Arbeitsrechtsverhältnissen komme, wie dies in Einzelfällen bereits geschehen sei.

Mitglieder des Verbandes Bildender Künstler in Halle diskutieren über mögliche Auswirkungen des Besuches auf ihre künstlerische Tätigkeit. Sie spekulieren in diesem Zusammenhang mit großzügigeren Regelungen bei Studien- und Ausstellungsreisen in die BRD und Möglichkeiten des Ausbaus persönlicher Kontakte zu Künstlern und künstlerischen Einrichtungen in nichtsozialistischen Staaten ohne staatliche Einflußnahme.

Kirchenleitende Kräfte der evangelischen Kirchen in der DDR erwarten eine Ausdehnung der Reisegenehmigungen auf Reisen von religiös gebundenen Personen im Rahmen kirchlicher Partnerschaftsbeziehungen. So wäre es nach Ansicht von Bischof FORCK (Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg) ein "erheblicher Fortschritt", wenn auch Gruppen aus DDR-Kirchengemeinden ihre Partnergemeinden in der BRD besuchen könnten.

**Weitere Hinweise zur Reaktion der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD**

BStU  
000012

6

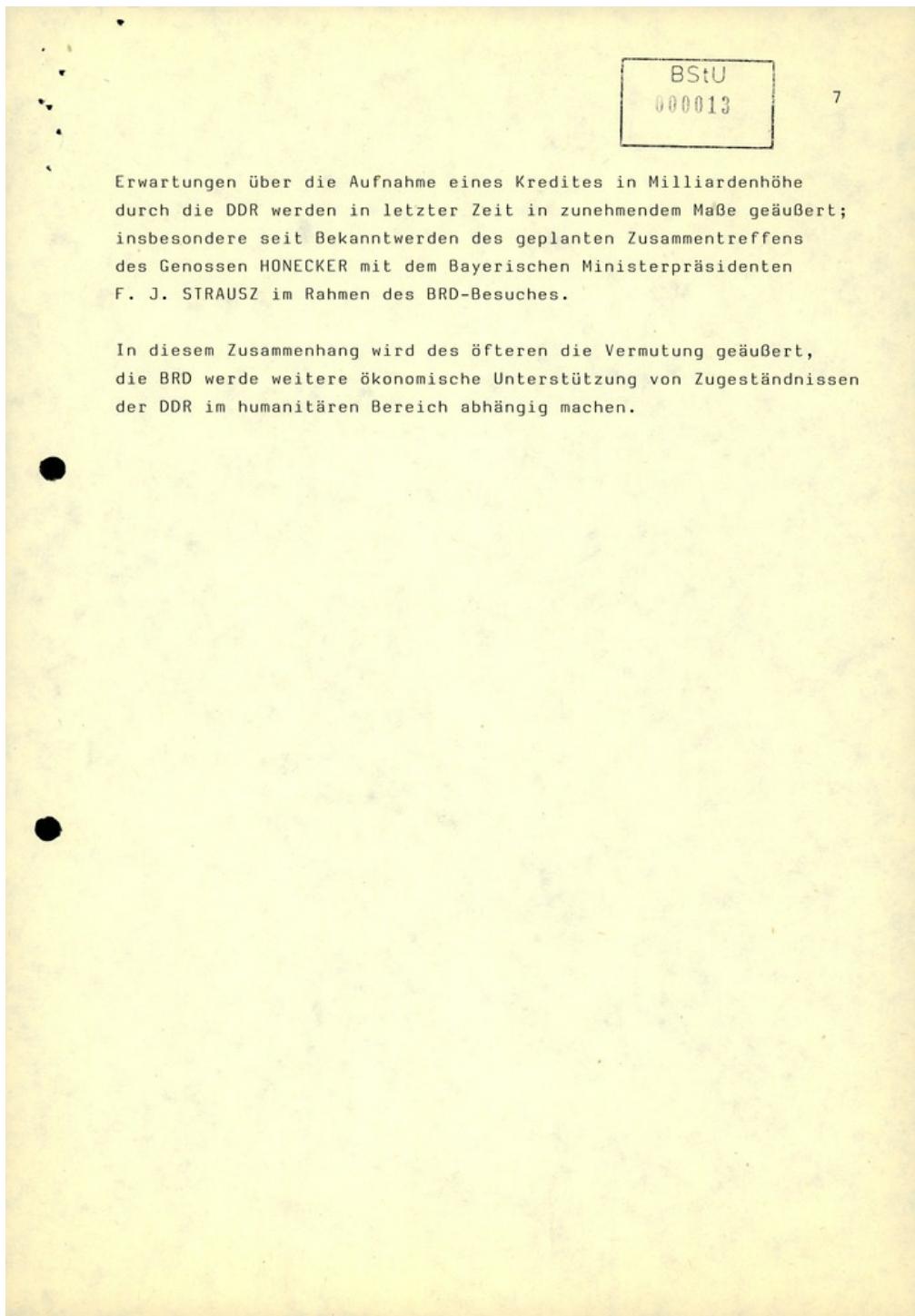
Bisher vollziehe sich dieser Austausch ausschließlich auf der Basis privater Einladungen und "ziemlich einseitig von West nach Ost."

Häufig werden auch Erwartungen hinsichtlich des Abschlusses von Vereinbarungen/Verträgen zum Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und zur Umweltschutzproblematik geäußert. Werktätige aus Betrieben der chemischen Industrie, so z. B. aus dem VEB Chemisches Kombinat Buna/Halle, befürchten, daß die DDR im Rahmen des Umweltschutzabkommens mit der BRD Verpflichtungen übernehmen muß, die die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten auf längere Sicht übersteigen. Künftig müsse die Volkswirtschaft stärker auf die "Einheit von Produktion und Umweltschutz" orientiert werden.

Eine Reihe von Werktätigen aus unterschiedlichen Bereichen der Volkswirtschaft ist der Auffassung, daß die Reise des Genossen HONECKER in die BRD zum jetzigen Zeitpunkt in engem Zusammenhang zu sehen sei mit zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten in der DDR. In diesem Zusammenhang erwarten z. B. Leitungskader und mittlere leitende Kader aus Großbetrieben, z. B. dem Kombinat Lederwaren Schwerin und dem VEB Plastmaschinenwerk Schwerin, konkrete wirtschaftliche Vereinbarungen, die zu einer Stabilisierung der volkswirtschaftlichen Situation in der DDR beitragen.

Es gehe dabei besonders um langfristige Vereinbarungen des Imports von hochwertigen Materialien, Rohstoffen und Ersatzteilen, um die Lieferung kompletter Anlagen sowie des entsprechenden "know how". Mittlere leitende Kader Berliner Großbetriebe des Bereiches Maschinenbau erwarten Neuregelungen der Zahlungsbedingungen im Handel zwischen der DDR und der BRD. Ihrer Meinung nach habe die DDR gegenwärtig den vereinbarten Überziehungskredit "SWING" maximal ausgelastet. Um die für Investitionen bzw. für die Bereitstellung von Ersatzteilen dringend notwendigen BRD-Importe realisieren zu können, wären ihrer Meinung nach Neuregelungen bzw. die Aufnahme weiterer Kredite bei BRD-Banken erforderlich.

Weitere Hinweise zur Reaktion der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD



**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4229, BL 6-13

Blatt 13